

## INHALT

### ■ EU-Arbeitszeitrichtlinie

Wir brauchen eine europaweite Kampagne!

Seite 3

### ■ Krankenhausfinanzierung

MB-Spitze bei Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt

Seite 3

### ■ 111. Deutscher Ärztetag

„Ulmer Papier“, elektronische Gesundheitskarte und vieles mehr auf den

Seiten 4 bis 6

### ■ Deutsche Rentenversicherung

MB-Mitglieder sind mit ihren Arbeitgebern äußerst unzufrieden

Seite 7

### ■ Hauptstadtkongress

MB und Krankenhaus-Träger diskutierten über die Zukunft.

Seite 8

### ■ Kurse/Seminare

Diesmal mit Angeboten zu Weiterbildungsstudiengängen und zertifizierten Kursen auf

Seite 10

### ■ Landesverbände

In dieser Ausgabe auf den

Seiten 11 und 12

Berlin/Brandenburg

(regional) Seite 11 und 12

Nordrhein-Westfalen/

Rheinland-Pfalz

(regional) Seite 11 und 12

### ■ Stellenmarkt

In dieser Ausgabe auf den

Seiten 13 bis 21

## EU-Arbeitszeitrichtlinie

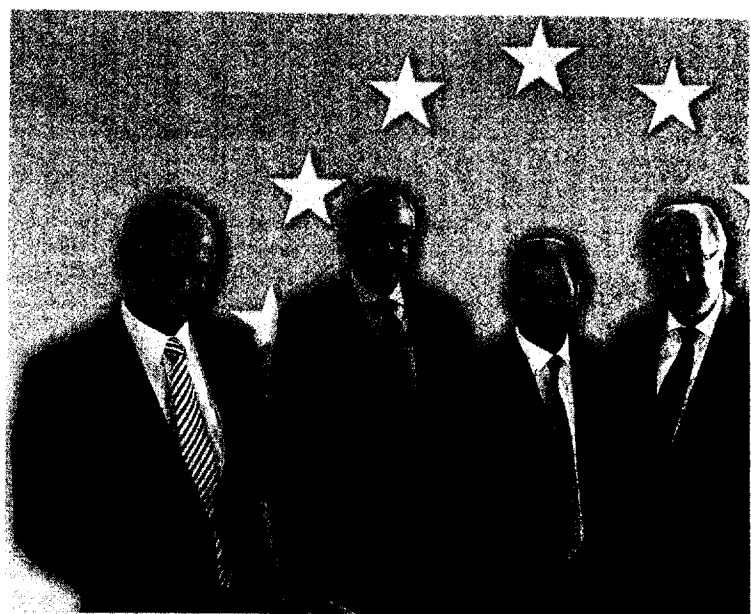
# „Die Änderung wird kommen“

## MB-Spitze warnt Arbeitsminister vor Revision der Arbeitszeitrichtlinie

Berlin (jz). Gefahr droht aus Europa: Die Arbeits- und Sozialminister der EU-Mitgliedstaaten stehen vor einer Revision der Arbeitszeitrichtlinie. Auf Betreiben der slowenischen Präsidentschaft sollen die Bereitschaftsdienste in aktive und inaktive Phasen unterteilt werden, wobei die inaktiven Phasen nicht als Arbeitszeit gelten sollen. Bereits in der nächsten Ratssitzung der 27 Minister der Mitgliedstaaten wollen die Slowenen eine Entscheidung herbeiführen (zum Zeitpunkt der Drucklegung dieser MBZ-Ausgabe stand das Ergebnis der Ratssitzung vom 9. Juni noch nicht fest).

Beim Besuch im Bundesarbeitsministerium in Berlin warnte die Führungsspitze des Marburger Bundes jüngst Bundesarbeitsminister Olaf Scholz nachdrücklich vor Änderungen an der bestehenden Richtlinie. Rudolf Henke, 1. Vorsitzender des MB, machte unmissverständlich deutlich, dass eine Revision im Hinblick auf die Bewertung des Bereitschaftsdienstes als Arbeitszeit einen schlimmen Rückfall darstellt, der den durch die Arbeitszeitrichtlinie angestrebten Gesundheitsschutz der Arbeitnehmer konterkariert. Die in Deutschland schon vorüber geglaubte Zeit der überlangen Dienste, Ausbeutung und Übermüdung wäre wieder an der Tagesordnung.

Minister Scholz erklärte, dass es im Rat eine klare Mehrheit für eine Änderung gebe. „Wir können es nicht mehr aufhalten“, stellte er klar. Laut seiner Einschätzung zögern allenfalls machtpolitische Erwägungen der nachfolgenden Präsidentschaft den Beschluss noch hinaus. Aber nach seinem Dafürhalten wird die Änderung spätestens in der 2. Jahreshälfte 2008 beschlossen.



Bundesarbeitsminister Scholz (Mitte) mit der MB-Führungsspitze: (v.r.) Dr. zender, Bundesvorsitzender Rudolf Henke, Lutz Hammerschlag, stellvertretender Leiter des Referates Tarifpolitik sowie Hauptgeschäftsführer Armin

Auch Deutschland werde zustimmen, räumte Scholz ein. Allerdings habe eine ministeriumsinterne Prüfung ergeben, dass der neue Richtlinienentwurf keine Auswirkungen auf den Status quo

im Land hätte, relativierte er das deutsche Votum. Denn der aktuelle Vorschlag sieht zwar vor, die inaktive Zeit des Bereitschaftsdienstes nicht als Arbeitszeit zu werten, aber eben nicht in Fällen, in denen einzelstaatliche Rechtsvorschriften oder im Einklang mit einzelstaatlichen Rechtsvorschriften und/oder Gepflogenheiten in Tarifverträgen oder Vereinbarungen zwischen den Sozialpartnern anders lautende Bestimmungen vorsehen. Ergo: Das deutsche Recht sei nicht betroffen und so-

## Caritas-Bereich

# MB fordert 10 Prozent mehr Gehalt

## Aufforderung zu unverzüglichen Verhandlungen